

**ESF | FSE**  
Europäischer Sozialfonds  
Fondo Sociale Europeo



AUTONOME  
PROVINZ  
BOZEN  
SÜDTIROL



PROVINCIA  
AUTONOMA  
DI BOLZANO  
ALTO ADIGE

## Zusammenfassung

# Gesprächsrunde zum partnerschaftlichen Austausch für die Programmierung ESF+ der Autonomen Provinz Bozen 2021-2027

**Projekt Empowerment – Unterstützung der Autonomen Provinz Bozen  
bei der Umsetzung der institutionellen Kapazität**

Vereinbarung zwischen Formez PA und Autonomer Provinz Bozen vom  
03/04/2018 und nachfolgende Änderungen  
OP ESF 2014-2020 – Achse IV 11.3

FormezPA

## *Vorwort und Zielsetzung des Dokuments*

Im Zeitraum April-Juni 2020 hat die Autonome Provinz Bozen einen partnerschaftlichen Prozess zur Vertiefung und gemeinsamen Nutzung der Programmbereiche des ESF+ 2021-2027 durchgeführt, wobei der Schwerpunkt auf dem politischen Ziel 4 "Ein sozialeres Europa durch die Umsetzung der europäischen Säule der sozialen Rechte" und den entsprechenden spezifischen Zielen lag.

Die Planung des Prozesses, der Anfang 2020 begann, konzentrierte sich auf die besonderen Merkmale des partnerschaftlichen und lokalen Austausches, die vorzugsweise die Phasen kennzeichnen, die der Festlegung der programmatischen Entscheidungen und der Politik der öffentlichen Investitionen vorausgehen.

In dieser Hinsicht verfolgt der von der Autonomen Provinz Bozen durchgeführte Prozess des partnerschaftlichen Austausches dieselben Zielsetzungen, die auf nationaler Ebene angestrebt werden. Tatsächlich wurde im Oktober 2019 die erste Phase der Arbeiten an der Programmierung der Fonds 2021-2027 mit der abschließenden Plenarsitzung der nationalen partnerschaftlichen Gesprächsrunden abgeschlossen, an der zentrale und regionale Verwaltungen und Vertreter der Partnerschaft sowie die Europäischen Kommission teilnahmen.

Zwischen Ende 2019 und Anfang 2020 traten wir in eine strategischere und heiklere Phase mit Blick in die Zukunft ein, in der der Mitgliedstaat Italien aufgefordert wurde, detailliertere programmatische Leitlinien zu erarbeiten und sie auf die technischen Einzelheiten der Programmierungs- und Verwaltungsinstrumente zu übertragen, die der rechtliche und regulatorische Rahmen vorgibt. Italien wurde somit aufgefordert auf den verschiedenen Verwaltungsebenen (auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene) das Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Kommission zu definieren und parallel dazu die nationalen und regionalen operationellen Programme festzulegen.

Es folgte eine Phase intensiver Gegenüberstellungen zwischen den zentralen für die Koordinierung zuständigen Verwaltungsbehörden und den für die Durchführung der operationellen Programme verantwortlichen Verwaltungsbehörden. Daran waren auch Regionen und Autonome Provinzen beteiligt, um ihren Beitrag zu diesen Gesprächsrunden zu leisten. Zur gleichen Zeit befanden sich die Regionen und Autonomen Provinzen in der Phase der Definition der Strategien ihrer operationellen Programme und in der damit verbundenen Phase der Ausarbeitung von einigen operationellen Entscheidungen, um den Aufbau und die Umsetzung künftiger Programme, basierend auf den eingeführten Neuerungen für die nächste Programmperiode 2021-2027, zu gestalten.

Zeitgleich kam es zum gesundheitlichen Notstand aufgrund des Covid-19-Virus. Dieser verlangsamte den umfangreichen Prozess der Gespräche zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission. Im Anschluss an den Gesundheitsnotstand und der jüngsten Vorschläge für die Einführung von Instrumenten für die Ankurbelung der Wirtschaft Europas und die dafür benötigten Mittel und Instrumente hat die Kommission einige Sofortmaßnahmen eingeführt, die in den CRII (*Coronavirus Response Investment Initiative*) und CRII+ enthalten sind. Des Weiteren hat

die Kommission eine finanzielle Aufstockung des Programmplanungszyklus 2014-2020 anhand eines neuen Vorschlags für eine REACT-EU-Verordnung erarbeitet. Im Rahmen der Programmplanung der Strukturfonds 2021-2027 brachte die Kommission im Mai 2020 weitere Vorschläge für Abänderungen der Verordnung vor, die sich vorwiegend auf das politische Ziel 4 beziehen. Diese Beiträge zur Änderung der Verordnungsentwürfe, die noch Diskussionsgegenstand der Institutionen sind, bestätigen im Wesentlichen die zuvor vorgeschlagene strategische Ausrichtung der Programmplanung der Strukturfonds 2021-2027 und erweitern die Möglichkeiten der Nutzung der Fonds.

Die mit dem Gesundheitsnotstand verbundenen Schwierigkeiten haben die Autonome Provinz Bozen jedoch nicht daran gehindert, den Weg der institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Partnerschaft in der Provinz zu beschreiten.

Dank der verfügbaren digitalen Plattformen haben sich die Treffen hauptsächlich in Form von einer Reihe von Dialogen mittels Webinar mit Remote-Unterstützung zur Vertiefung, zum Austausch, zur Diskussion und Analyse der Beiträge der einzelnen Partner abgespielt.

In der oben dargelegten Perspektive, im Einklang mit dem Europäischen Verhaltenskodex der Partnerschaft, aber auch nach der Logik einer effektiven territorialen Governance, definierte die Autonome Provinz Bozen, Abteilung Europa – in Zusammenarbeit mit Formez PA – die Vorgangsweise unter Berücksichtigung von zwei Hauptzielen: Einerseits der Austausch mit den territorialen Partnern, um Forderungen der Stakeholder und potenziellen Begünstigten der zukünftigen ESF Beiträge zu sammeln und andererseits, um angemessen über die derzeit verfügbaren Vorschläge zur Programmplanung der Strukturfondsverordnung 2021-2027 zu informieren, unter Einbeziehung von Vertretern der europäischen und nationalen Institutionen.

Beim Austausch ging es vor allem um die programmspezifischen Bereiche der FSE 2021 2027 Programmphase wobei die jeweiligen Policy Ziele im Mittelpunkt standen: vordergründig SZ 4 „Ein noch sozialeres Europa“ als wesentlichen Aspekt der neuen ESF Planungsperiode 2021-2027, gefolgt von SZ 1 „Ein noch intelligenteres Europa“ und SZ 2 „Ein noch grüneres Europa“, vor allem zur Unterstützung der bereits existierenden Maßnahmen des EFRE.

Der dynamische, flexible und interaktive Prozess wurde mit drei Webinar Treffen gestaltet:

- ein erstes Treffen (am 22. April 2020), das der Information und Vertiefung zum Nutzen aller territorialen Partner über den Stand der wichtigsten Programmplanungsdokumente diente, welche derzeit auf europäischer und nationaler Ebene verfügbar sind. An dem Treffen nahmen unter anderem Vertreter der Europäischen Kommission und ANPAL, der nationalen Koordinierungsstelle für den ESF, teil;
- ein zweites Treffen (am 7. Mai 2020) das der Sammlung und Analyse von Einzelbeiträgen zu den drei Themenbereichen Bildung und Berufsausbildung, Arbeit und soziale Eingliederung des ESF+ 2021-2027 diente. Bei diesem Treffen konnten Partner Bedürfnisse und Vorschläge einbringen sowie Erfahrungen austauschen;
- ein letztes Treffen (am 4. Juni 2020) zur Vorstellung der Beiträge und für einen weiteren Austausch zwischen und mit den Vertretern der Partnerschaft mit dem Ziel der

Provinzverwaltung im Hinblick auf die Ausarbeitung des neuen Operationellen ESF-Programms für den Zeitraum 2021-2027 programmatische Anreize zu geben.

Um die Interaktion zwischen der Partnerschaft und der öffentlichen Verwaltung weiter zu unterstützen und um eine möglichst weitreichende und kontinuierliche Beteiligung zu fördern, wurde eine virtuelle Anlaufstelle eingerichtet, die die Anfragen und Beiträge der Partner sammelte. Diese Anfragen und Beiträge konnten ad hoc über ein auf der institutionellen Website der Autonomen Provinz sowie auf der Website von Formez PA zur Verfügung gestelltes Formular an folgende E-Mail Adressen übermittelt werden: ([partenariato2127BZ@formez.it](mailto:partenariato2127BZ@formez.it) und [partnerschaft2127BZ@formez.it](mailto:partnerschaft2127BZ@formez.it)).

Die Konsultationen fanden über einen Zeitraum statt, der angemessen war für die Bearbeitung und Zusammenfassung der Beiträge der territorialen Partner von Seiten der Verwaltungsbehörde, auch unter Berücksichtigung des Zeitplans für die Vorbereitung der neuen Programmplanung..

Von Seiten der Partner konnte eine regelmäßige Teilnahme verzeichnet werden, die zahlenmäßig folgendermaßen zusammengefasst werden kann:

- ✓ 14 Audio-Video-Beiträge von Vertretern der Partnerschaft während der Webinare<sup>1</sup>
- ✓ 19 Beiträge, die über das oben genannte Formular eingegangen sind<sup>2</sup>
- ✓ rund 90 Teilnehmer pro Webinar

Diese Beiträge wurden im gegenständlichen Dokument zusammengefasst und ausgewertet und sollen Impulse und Anregungen für die Ausarbeitung des operationellen Programms der Autonomen Provinz Bozen für den Programmzeitraum 2021-2027 zu geben. Die ermittelten Daten und Informationen wurden in diesem Dokument in gesammelter Form, in Übereinstimmung mit dem für den ESF + vorgesehenen Rechtsrahmen und den Punkten des Formulars für die Sammlung von Beiträgen der institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Partnerschaft, analysiert und dargestellt.

---

<sup>1</sup> Beiträge in Präsenz: Unternehmervverband Südtirol, hds Handels- und Dienstleistungsverband Südtirol, Landesverband der Handwerker, Wirtschaftsverband Handwerk und Dienstleister, Südtiroler Bauernbund, Deutsche Bildungsdirektion , Abteilung 17-Italienisches Schulamt , Dachverband für Soziales und Gesundheit EO, Sozialgenossenschaft independent; Der Weg Onlus, Autonome Provinz Bozen Abteilung Arbeit, CLS Consorzio Lavoratori Studenti, AGB Allgemeiner Gewerkschaftsbund.

<sup>2</sup> Gesammelte Beiträge mittels des oben genannten Formulars: Zentrum für die Forschung und interkulturelle Bildung Brixen, CLS Consorzio Lavoratori Studenti, DATEF AG, Deutsche Bildungsdirektion, Ladinische Bildungs- und Kulturdirektion, Dachverband für Soziales und Gesundheit EO, ForTeam, Gourmet's International, GRW Sarntal (Gen. für Regionalentwicklung und Weiterbildung Sarntal, Freie Universität Bozen, Lichtenburg Nals, netz I Offene Jugendarbeit EO, Abteilung 17-Italienisches Schulamt, SBB-Weiterbildungsgenossenschaft, SE Group, SEA Beratungen und Dienstleistungen, U-ACADEMY Konsortialgesellschaft, hds Handels- und Dienstleistungsverband.

## *Zusammenfassung der Beiträge, die von den institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Partnern der Autonomen Provinz Bozen übermittelt wurden*

Der Partnerschaftsdialog setzte, mit Hilfe der verschiedenen zur Verfügung gestellten Instrumente, den Schwerpunkt auf die Erhebung der wichtigsten Bedürfnisse. Auf dieses grundlegende Element stützt sich die Strategie der neuen Programmperiode, indem die als für den ESF+ 2021-2027 vorrangig erachteten spezifischen Ziele erarbeitet und in Folge als Aktionen und Instrumente zur Erzielung von konkreten Ergebnissen von Interesse für das Territorium umgesetzt werden.

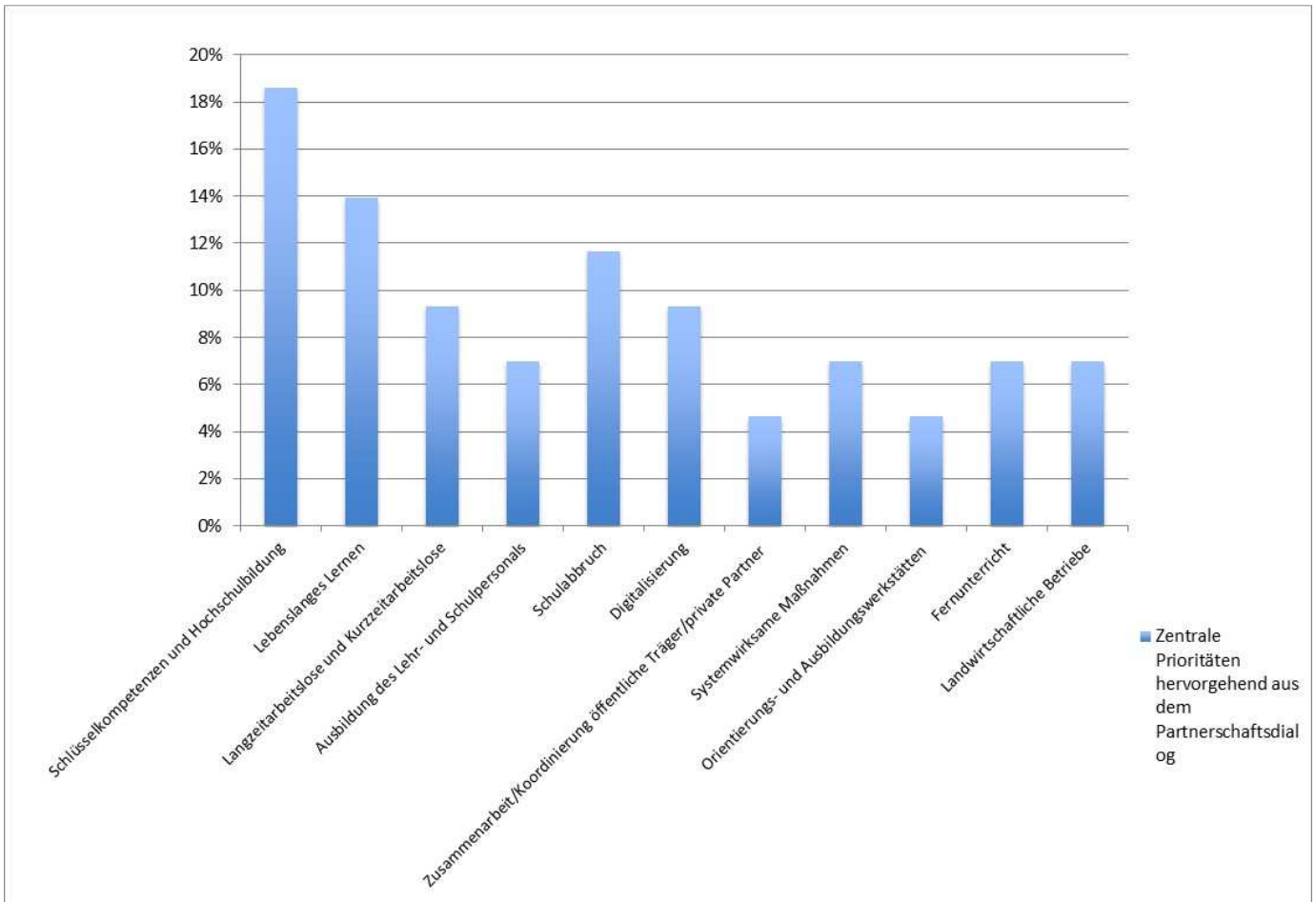
Wie bereits erwähnt, wurden im Verlauf der partnerschaftlichen Treffen verschiedene von den Teilnehmern erwähnte gemeinsame Schwerpunkte festgehalten, welche im Folgenden in zusammengefasster Form dargestellt werden. Insbesondere wurden jene zentralen Punkte berücksichtigt, die sich aus den Webinars, den Fragebögen für die Sammlung von Beiträgen sowie aus der Umfrage, welche während des Abschlusstreffens am 4. Juni 2020 durchgeführt wurde, ergeben haben.

Bei näherer Betrachtung von Grafik 1, in welcher die wichtigsten von der Partnerschaft geäußerten Bedürfnisse aufgezeigt werden, lässt sich eindeutig ein Bedarf an entsprechenden Maßnahmen auf den Fachkräftemangel erkennen. Diese Maßnahmen umfassen die Stärkung der Schlüsselkompetenzen (einschließlich des Erlernens von Sprachen) sowie die Intensivierung des lebenslangen Lernens zur Bekämpfung der Kurz- und Langzeitarbeitslosigkeit. Daraus ergibt sich ein klarer Handlungsbedarf zur Stärkung des Humankapitals, das entsprechend qualifiziert und numerisch ausreichend sein muss, um die lokale Nachfrage zu bewältigen.

In Grafik 1 zeigt sich des Weiteren der Bedarf, den vorzeitigen Schulabbruch zu bekämpfen und die Fähigkeiten des Bildungs- und Schulpersonals sowie die Digitalisierung (in Form von höheren Investitionen in die Digitalisierung von Unternehmen, von verbesserten digitalen Fähigkeiten der Arbeitnehmer wie auch von Entwicklung neuer Lerntechnologien) zu verbessern. Dazu ergänzend ergibt sich die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit und Koordination zwischen Institutionen und Privatträgern zu verbessern, um die geplanten Maßnahmen wirksamer gestalten zu können.

Bei der Bedarfserhebung ergab sich auch die Notwendigkeit, den Fernunterricht zu erweitern und die Bedingungen zu schaffen damit auch die landwirtschaftlichen Betriebe, vorwiegend Familienbetriebe, Zugang zur Finanzierung von Seiten des ESF Programms haben, wofür vor allem eine größere Flexibilität benötigt wird.

**Grafik 1. Die von den Partner identifizierten zentralen Hauptbedürfnisse**



Wie aus der Grafik hervorgeht sind aus den im Zuge des Partnerschaftsdialogs eingegangenen Beiträgen einige Prioritäten in Bezug auf die spezifischen Ziele des Entwurfs der Verordnung ESF+ 2021-2027 ersichtlich. Mehr als 80% der Präferenzen der Partner konzentrierten sich auf sechs der elf spezifischen Ziele (siehe Tabelle 1).

**Tabelle 1. Spezifische vorrangige Ziele hervorgehend aus dem Partnerschaftsdialog, welche anhand der schriftlich übermittelten Beiträge der institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Partner der Autonomen Provinz Bozen ermittelt wurden.**

Nr. Spezifisches Ziel	Spezifisches Ziel	Anzahl der Präferenzen	Prozentsatz	Kumulativer Prozentsatz
1	den Zugang zur Beschäftigung verbessern	14	18,4%	18,4%
6	das lebenslange Lernen fördern	14	18,4%	36,8%
3	die Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt fördern	10	13,2%	50,0%
4	Bildungs- und Ausbildungssysteme	10	13,2%	63,2%
7	die soziale Inklusion fördern	7	9,2%	72,4%

8	die sozioökonomische Integration der Bürger aus Drittländern und von marginalisierten Bevölkerungsgruppen fördern	6	<b>7,9%</b>	80,3%
5	Chancengleichheit beim Zugang zur Beschäftigung	5	6,6%	86,8%
10	die soziale Integration von armutsgefährdeten Personen	5	6,6%	93,4%
2	die Institutionen und Dienstleistungen des Arbeitsmarkts modernisieren	2	2,6%	96,1%
9	Qualitativ hochwertige Dienste, soziale Schutzmaßnahmen, Gesundheitsdienste und langfristige Unterstützung	2	2,6%	98,7/o
11	die materielle Armut bekämpfen	1	1,3%	100,0%
Gesamt		76	100,0%	

Es besteht ein klares Interesse der Partner, sich auf die Verbesserung des Zugangs zur Beschäftigung (OS 1), die Förderung des lebenslangen Lernens (OS 6) und die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt (OS 3) zu konzentrieren.

Die entsprechenden Aktionen, die von Seiten der Partner vorgeschlagen wurden, zielen darauf ab, die notwendige Flexibilität zu gewährleisten, um den Bedürfnissen des Territoriums gerecht zu werden, die Arbeitskräfte zu qualifizieren, auch im Hinblick auf eine größere Mobilität, die Zielgruppe der Maßnahmen (Jugendliche, über 45-Jährige, Langzeitarbeitslose, Kurzeitarbeitslose usw.) und der verschiedenen von der Krise betroffenen Sektoren (einschließlich des primären Sektors) zu erweitern. Die Notwendigkeit, Multi-Unternehmens- und KMU-Projekte wird mehrfach gefordert.

Die Antworten auf die während des Webinars vom 4. Juni 2020 durchgeführte Umfrage sowie die eingegangenen Beiträge im Laufe desselben bestätigen die Notwendigkeit, gezielte Ausbildungsmaßnahmen anzubieten, um Arbeitssuchenden und Nichterwerbstätigen (Jugendliche, Migranten, Langzeitarbeitslose) den Zugang zur Beschäftigung zu erleichtern, lebenslanges Lernen zu fördern, um die Aktualisierung der Kompetenzen und die Verbesserung der Fähigkeit der Arbeitskräfte, auf dem Arbeitsmarkt zu verbleiben, zu ermöglichen, sowie Kurzeitschulungen, um eine größere Flexibilität zu gewährleisten und die Abstimmung von Arbeitsangebot und -nachfrage zu verbessern, insbesondere für Kleinunternehmen, auch mit unternehmensübergreifenden Schulungen.

Bezüglich Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, trotz des offensichtlichen gezeigten Interesses von Seiten der Partner bei der Wahl des damit verbundenen spezifischen Ziels (S.Z. 3) und anlässlich der Webinare, fehlt es an signifikanten Beiträgen in Bezug auf Bedürfnisse, Aktionen und Instrumente. Das Ergebnis der Umfrage scheint daher besonders aussagekräftig zu sein, laut dem grundsätzlich alle in Betracht gezogenen Optionen als wirksam angesehen werden: Förderung von Vereinbarkeitspolitiken und Flexibilität in der Unternehmensorganisation (flexible Arbeitszeiten, Coworking, flexible Arbeit usw.); Dienstleistungen zur Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigen (Kleinkindertagesstätten, Ganztagschule und Sommerbetreuung für Kinder und Jugendliche, Langzeitpflege und andere Dienste zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf); gezielte Ausbildung zur Förderung der Rückkehr in den Beruf nach der Mutterschaft und zur Auffrischung der Kenntnisse sowie zur Förderung der beruflichen Eingliederung von Frauen mit niedrigem

Ausbildungsniveau usw.; Unterstützung von Frauen in der Arbeitssuche und für das selbständige Unternehmertum. In den Beiträgen wird auch die Bedeutung der Gewährleistung der allgemeinen und beruflichen Bildung (S.Z. 4) sowie die Notwendigkeit hervorgehoben, geeignete Maßnahmen für die soziale Eingliederung sicherzustellen, insbesondere im Hinblick auf die effektive Eingliederung (S.Z. 7) und die sozioökonomische Integration von Drittstaatsangehörigen und marginalisierten Gemeinschaften (S.Z. 8).

Was die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung anbelangt, so müssen laut Partner Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen ergriffen werden: von der Bildung bis zur Hochschulbildung, einschließlich Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen des Schulpersonals (pädagogisches Personal, Lehr- und Verwaltungspersonal), auch um die Einführung innovativer Lehrmethoden zu fördern. Die Förderung der digitalen Kompetenzen im schulischen Bereich ist ein Aspekt, der von den Partnern wiederholt erwähnt wird, ebenso wie die Kenntnis der Landessprachen und des Englischen und die Entwicklung kreativer, kommunikativer, umweltbezogener, wissenschaftlicher usw. Kompetenzen. Es wurde auch die Notwendigkeit unterstrichen, die Qualität, Leistung und Relevanz der Bildungs- und Ausbildungssysteme für den Arbeitsmarkt zu verbessern und eine stärkere Zusammenarbeit mit den Universitäten zu fördern. In diesem Zusammenhang besteht ein besonderer Bedarf an Unterstützung von Maßnahmen zur Bewertung von Lernsystemen und Lernergebnissen und zur Zertifizierung von Kompetenzen.

Zahlreich waren auch die Forderungen nach der Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu einer inklusiven, qualitativ hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung und Ausbildung und der entsprechenden Qualifikation, insbesondere für benachteiligte Personengruppen, ausgehend von der Kleinkinderbetreuung und Kleinkinderziehung, der allgemeinen und beruflichen Bildung bis hin

Die Notwendigkeit der Durchführung von wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung des vorzeitigen Schulabbruchs wurde besonders hervorgehoben. In dieser Hinsicht scheint es aus der Sicht der Partner unerlässlich zu sein, jungen Schülern mit erhöhtem Schulabbruchrisiko, mittels Bildung den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, den sog. "Life skills" zu ermöglichen, Orientierungsmaßnahmen und Alternanz Schule-Arbeit zu fördern, sowie Initiativen mit Maßnahmen zur sozialen Eingliederung zu verbinden, auch durch die Schaffung von Netzwerken mit anderen Akteuren des Territoriums und der Öffnung der Schulen nach außen.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung hat sich die Notwendigkeit abgezeichnet, einerseits die institutionelle Zusammenarbeit und das Zusammenspiel zwischen öffentlichen und privaten Akteuren zu stärken, andererseits strukturierte Wege der Beratung und Begleitung bei der Arbeitsintegration anzubieten und die persönliche Entwicklung der am stärksten gefährdeten Personen zu unterstützen, auch durch spezielle Bildungsmethoden und flexible Formen der individuellen Begleitung am Arbeitsplatz/Praktika. Insbesondere für Aktionen zugunsten behinderter Menschen sind oft individualisierte Mediationsmaßnahmen durch Fachleute mit spezifischen psychopädagogischen Fähigkeiten erforderlich.

Im Hinblick auf Maßnahmen für Personen mit Behinderung ist es außerdem notwendig, die Qualität der Dienstleistungen und Unterstützungsmaßnahmen von Dienstleistungsanbietern, die sich für Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten und ihre Familien einsetzen, zu verbessern und Formen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit für die Beschäftigung von



Menschen mit Behinderungen zu fördern, unter anderem durch finanzielle Anreize für Unternehmen, um die Einstellung von Arbeitnehmern mit Behinderungen zu fördern. Schließlich hat sich die Notwendigkeit herauskristallisiert, das integrierte Dienstleistungsangebot (Sozial- und Gesundheitsdienste, Arbeitsvermittlung, Bildung und Ausbildung, Dienstleistungen für das Wohnungswesen usw.) zu stärken, auch um der gravierenden Ausgrenzung von Erwachsenen entgegenzuwirken.

### *Neuer Bedarf, auf den das neue OP ESF+ als Reaktion auf den Gesundheitsnotstand COVID-19 eingehen sollte*

Die Pandemie Covid-19 hat auch in der Autonomen Provinz Bozen einen weitgehenden Stillstand der Produktions- und Dienstleistungstätigkeiten verursacht. Die durch den Gesundheitsnotstand hervorgerufene Krise wird mittelfristige Auswirkungen auf die öffentliche Wirtschaft haben, die zurzeit nur schwer vorherzusehen sind. Deshalb wurde bei der Vorbereitung des OP ESF+ der Autonomen Provinz Bozen mehr Flexibilität bei den Regeln und Umsetzungsmechanismen gefordert, um den zukünftigen, heute nicht vorhersehbaren Herausforderungen begegnen zu können.

Eine der wichtigsten direkten Folgen, auf die die Partnerschaft hinweist, ist der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und damit die Notwendigkeit, die Ausbildungs- und Berufswege neu zu strukturieren, um die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Daher wurden spezifische Maßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer gefordert, die von der Krise betroffen sind, insbesondere die Veröffentlichung von Ausschreibungen ad hoc für mit einer raschen und rechtzeitigen Umsetzung, wobei nach Möglichkeit der Fernunterricht gefördert werden sollte.

### *Mögliche Fortführung des Austausches*

Die durchgeführte Tätigkeit hat es ermöglicht, einige konkrete Ergebnisse zu erzielen. Der partnerschaftliche Ansatz, der diese Phase gekennzeichnet hat, und der Weg, der sie gestützt hat, soll zu einer gängigen Form der Beziehung zwischen der Verwaltung und den lokalen Stakeholdern werden. Die Autonome Provinz Bozen will den eingeschlagenen Weg fortsetzen: In dieser Hinsicht hat sich die Autonome Provinz Bozen bereit erklärt, auf Wunsch der Partner bilaterale Austauschtreffen durchzuführen, um den Austausch zum Entwurf des OP ESF+ 2021 - 2127 fortzusetzen.

Ein weiteres greifbares Ergebnis des eingeschlagenen Weges ist die Einrichtung eines ständigen Arbeitstisches durch die Abteilung Europa in Zusammenarbeit mit der Abteilung Arbeit der Autonomen Provinz für Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen, die allen interessierten Partnern zur freiwilligen Teilnahme offen steht.

Im Laufe des partnerschaftlichen Austausches wurde mehrfach die Notwendigkeit aufgezeigt, die Verwaltungsverfahren des ESF+ zu verbessern, zu vereinfachen und effizienter zu gestalten, in der Hoffnung auf einige wesentliche Verbesserungen und in dem Versuch, den Verlagerungs-Effekt

ähnlicher, aus dem Haushalt der Autonomen Provinz Bozen finanziert Maßnahmen nach Möglichkeit zu vermeiden.